

Es geht Dienstag, Donnerstag, Samstag und Sonntag mit der Gratis-Beilage Der Sonntag-Gast.

Bestellpreis pro Quartal im Bezirk u. Nachbarortverkehr M. 1.15 außerhalb desselben M. 1.25.



Muss den Tannen

Amtsblatt für Altensteig, Stadt. und Unterhaltungsblatt

Allgemeines Anzeiger-Von der oberen Nagold.

Verkaufspreis für Altensteig und nahe Umgebung bei einmaliger Einrückung 8 Pf. bei mehrmal. je 6 Pf. auswärts je 8 Pf. die 4spaltige Zeile ober deren Raum. Verwendbare Beiräge werden dankbar angenommen.

Man abonniert auswärts auf dieses Blatt bei den Kgl. Postämtern und Postboten.

Bekanntmachungen aller Art finden die erfolgreichste Verbreitung.

Amtliches.

Die Herbstkontrollversammlungen im Bezirk Calw finden statt: in Calw am 22. Nov., nachm. 3 Uhr; in Neuland am 23. Nov., vorm. 9 Uhr; in Neuweiler am 23. Nov., nachm. 2 Uhr; in Gochingen am 25. Nov., vorm. 9 1/2 Uhr; in Liebenzell am 25. Nov., nachm. 3 Uhr.

Landesnachrichten.

Tübingen, 8. Nov. Unter großem Andrang der Studentenschaft, die, man darf wohl sagen, vollständig versammelt war und des beinahe vollständigen akademischen Lehrkörpers fand gestern nachmittags im Festsaal des Museums eine Protestversammlung statt, um gegen die bekannten Auslassungen des englischen Ministers Chamberlain, die dieser gegen die deutsche Kriegsführung von 1870/71 geäußert, Stellung zu nehmen. Punkt 1/4 Uhr wurde die Versammlung durch den K. sächs. Leutnant a. D. Kobl z. B. stud. o. w., mit einer kernigen Ansprache eröffnet, worauf Professor Dr. Busch, bezugnehmend auf die Vorgänge in Südafrika, einen historischen Ueberblick gab und sich insbesondere über die Entwicklung des englischen Egoismus verbreitete. Prof. Dr. Tzipel beschäftigte sich mit der Person des Ministers Chamberlain, indem er betonte, da dieser nicht als Privatmann, sondern als hoher Beamter die bekannte Aeußerung bei einer offiziellen Gelegenheit gethan habe, dessen Regierung verantwortlich zu machen sei. Es sei Pflicht der deutschen Regierung, auf das entschiedenste Genugthuung zu verlangen. Prorektor Dr. Grünauer, welcher als Arzt den Krieg von 1870/71 mitmachte, wies darauf hin, wie mild die Deutschen in diesem Kriege gegen ihre Feinde verfahren. Es wurde hierauf folgende Resolution zur Verlesung gebracht und einstimmig angenommen: Die Tübingen Studentenschaft mit ihren Professoren protestiert auf das Entschiedenste gegen einen Vergleich der Kriegsführung des deutschen Volksheeres 1870/71 mit der des englischen Söldnerheeres in Südafrika und spricht die Erwartung aus, daß die übrigen deutschen Hochschulen in ähnlicher Weise vorgehen werden. — Leutnant a. D. Kobl brachte sodann ein Hoch auf den deutschen Kaiser sowie auf den König von Württemberg aus, das brausenden Widerhall fand. Schließlich forderte Prof. Dr. Busch zu einem kräftigen Salamander auf das deutsche Vaterland auf.

Stuttgart, 7. Nov. Vor der Strafkammer wurde heute ein zweiter kleinerer Chinaprozess auf Grund eines vom Kgl. preussischen Kriegsminister gestellten Antrags gegen den Redakteur der hier erscheinenden periodischen Druckchrift „Der wahre Jakob“, Berthold Heymann, verhandelt, wegen eines am 2. Juli d. J. veröffentlichten Gedichtes mit der Aufschrift: „Heimkehr“, dessen letzter Vers lautete: „Unsere Hunnen kehren wieder, Schlapp vom Sengen, Brennen, Morden, Und ne Viertelmilliarde sind wir dabei losgeworden.“ Die Strafkammer erkannte gegen den Angeklagten in Gemäßheit des § 185 des Strafgesetzbuchs auf eine Geldstrafe von 200 M. (ev. 20 Tage Gefängnis). Dem Kgl. preussischen Kriegsminister wurde die Befugnis zuerkannt, das Urteil innerhalb 4 Wochen nach eingetretener Rechtskraft im „Wahren Jakob“ und im „Deutschen Reichsanzeiger“ einmal auf Kosten des Verurteilten bekannt zu machen.

Stuttgart, 7. Nov. Die Generaldirektion der württ. Staatsbahnen hat, dem „Schw. M.“ zufolge, in letzter Zeit größere Bestellungen, die erst für später vorgegeben waren, vergeben. So wurden z. B. der Maschinenfabrik Eßlingen in den letzten Monaten die Herstellung von 24 Lokomotiven und 24 Tendern dazu, sowie 16 Wagen, 3 M. in Auftrag gegeben. Die Kosten dieser Arbeiten belaufen sich auf über 1 1/2 Millionen Mark. Der Maschinenfabrik G. Kuhn in Berg wurde der Bau eines neuen Dampfschiffes für den Verkehr auf dem Bodensee übertragen.

Holtweil, 7. Nov. Gegen Herrn Oskar v. Münch ist bei der Zivilkammer des K. Landgerichts dahier zurzeit der bekannte Prozess Blatt anhängig gemacht worden. Der Termin zur Verhandlung ist noch nicht festgesetzt. Bekanntlich ging v. Münch vor der Strafkammer wegen seiner Revolver-Affaire strafflos aus. Anders dürfte der Fall vor der Zivilkammer zu behandeln sein, da v. Münch nunmehr nachzuweisen haben wird, daß er damals die Revolverkugeln in der Notwehr gegen Blatt abgefeuert hat. Blatt beantragt einen Schadenersatz von 10 000 M.

Haversburg, 8. Nov. Gestern verlor ein Dienstmädchen, das für seine Herrschaft eine Zahlung machen sollte einen 100 Mark-Schein.

München, 9. Nov. Anlässlich des neuerdings erfolgten Auftretens bössartiger Maul- und Klauenpest in einigen Bezirken Bayerns hat das Ministerium angeordnet, daß zu-

nächst in einigen Orten Mittelfrankens das Vaccellische Heilverfahren zur Anwendung gelangen solle. Für Rindvieh, welches im Verlauf des Heilverfahrens verendet, wird eine dem Werte des Tieres entsprechende Entschädigung aus der Staatskasse gezahlt. Die Versuche mit der Anwendung des Heilverfahrens erfolgen für die Besitzer des Viehs kostenlos.

Frankfurt a. M., 8. Nov. Die „Fretz. Ztg.“ meldet aus New-York, daß neuerliche Kohlenabschlüsse aus Amerika nach Deutschland gemacht wurden.

Aasel, 7. Nov. Das Schwurgericht verurteilte den Garnisonverwaltungs-Inspector Hegdler von Hofgeismar wegen Unterschlagung von 10 000 Mark zu zwei Jahren Gefängnis.

Eisenach, 8. Nov. Die Konferenz thüringischer Pfarrvereine beschloß, die gesamte evangelische Geistlichkeit Deutschlands zu einer gemeinsamen Protestkundgebung gegen Chamberlain und die englische Kriegsführung aufzufordern.

Berlin, 8. Nov. Der Kaiser richtete folgenden Erlaß an den Reichskanzler: „Aus dem Mir vorgelegten Berichte über die Ergebnisse der Reichspost- und Telegraphenverwaltung während der Etatsjahre 1896—1900 habe Ich mit Befriedigung ersehen, daß auch in diesem Zeitabschnitt an der Ausgestaltung des Post- und Telegraphenwesens rüstig weitergearbeitet wurde. Mit Interesse habe Ich namentlich von den Zahlen Kenntnis genommen, in denen die außerordentliche Entwicklung des Fernsprechwesens zum Ausdruck kommt, und daraus gerne ersehen, daß die Verwaltung mit Erfolg bemüht gewesen ist, die Vorteile dieses Verkehrsmittels auch dem platten Lande zu erschließen. Auch auf dem Gebiete unserer Verkehrsbeziehungen zum Auslande und zu den Schutzgebieten sind wertvolle Fortschritte zu verzeichnen. Ich rechne dazu namentlich die bessere Ausgestaltung regelmäßiger, kurzfristiger Post- und Dampfschiffverbindungen mit Ostasien, Australien, Ostafrika und den chinesischen Gewässern sowie die Förderung deutscher unterseeischer Telegraphenverbindungen nach fernem Lande, mit denen in den letzten Jahren ein vielversprechender Anfang gemacht werden konnte. Daß die Reichspostverwaltung den im Auslande befindlichen Angehörigen des Heeres und der Marine wertvolle Dienste hat leisten können, gereicht mir zur besonderen Befriedigung. Die nach Ostasien entsandte Feldpostexpedition hat den im fernem Osten kämpfenden Truppen regelmäßigen Verkehr mit dem Vaterlande ermöglicht, und die Zahlen der von den Marineposten vermittelten Postsendungen zeigen, in wie hohem Maße durch ihre Einrichtung den Bedürfnissen der im Auslande befindlichen Mannschaften der Kriegsflotte entsprochen worden ist. Daß auch das finanzielle Ergebnis der Reichspost- und Telegraphenverwaltung trotz der erheblichen Steigerung der Aufwendungen für den Ausbau des Fernsprech- und Telegraphenwesens ein befriedigendes gewesen ist, habe Ich gerne ersehen. Ich ermächtige Sie, allen Beteiligten für ihre treue und erfolgreiche Arbeit Meinen Dank auszusprechen.“

Es sind keine zwei Jahre her, da wußte die deutsche Industrie nicht, wo genug Arbeiter hernehmen für die massenhaft einlaufenden Aufträge. Jeder Mann, der nur irgend zu haben war, wurde gerne beschäftigt, die ungelerten Arbeiter ebenso wie die gelehrten, und die Löhne stiegen in schnellerem Tempo als je zuvor. Die Arbeitgeber fügten sich gemäßigten Forderungen im Wege der Einigung, und wenn es zu Streiks kam, so wurden sie zumeist die Besiegten. In demselben Maße, in dem die Zahl der Arbeitslosen sank, ließ auch die Auswanderung nach. Bis zu Hunderttausenden war in den Siebzigerjahren die Auswandererziffer angeschwollen, um die Fünfzigtausend herum schwankte sie noch in den Achtzigerjahren; in der Mitte und bis gegen das Ende der Neunzigerjahre wurde sie so winzig, daß sie für die mit großen Zahlen operierende Volkswirtschaftsstatistik kaum noch in Betracht kam. Dafür aber wuchs die einheimische Bevölkerungszahl in unerhörtem Maße. Bis zum Jahre 1893 stieg sie jährlich um 500 000 Köpfe, von da betrug der Jahreszuwachs 800 000. Aber auch dieses Wachstum genügte nicht, der Industrie genug Arbeitskräfte zuzuführen. Da begann der Zug der Polaken nach dem Westen. Aus dem landwirtschaftlichen Osten zogen viele Tausende Menschen, meist Polen nach dem industriellen Mitteldeutschland. Hier begann man schon von einer polnischen Gefahr zu reden. Doch was kümmerte die Industrie Bedenken solcher Art. Erst das Geschäft und dann die nationalen Bedenken! Diese Bedenken sind jetzt überflüssig geworden. Die Natur hat als Regler außergewöhnlicher Verhältnisse eingegriffen, auf die fetten Jahre ist plötzlich die Dürre gefolgt. Der Industrie fehlt es an Aufträgen, es macht sich die Neigung zu Lohnfällungen bemerkbar und die Polaken fluten nach dem Osten zurück. In den großen Städten giebt es viele Tausende

von Arbeitslosen. Ueberall fordert man Notstandsarbeiten. Am deutlichsten sichtbar wird der Unterschied von einst und jetzt durch die offizielle Statistik. Im 2. Vierteljahre 1900 gab es in Deutschland noch 492 Streiks, im zweiten Vierteljahre 1901 nur noch 379. Gegenwärtig aber sind im ganzen Reiche keine 10 Streiks mehr im Gang. Das Eigenartigste an der ganzen jetzigen Lage ist, daß die hungernden und frierenden Arbeitslosen nicht auf Land wollen. Hier herrscht noch immer Arbeitermangel. Die Industriearbeiter wollen sich nicht in das Joch der beengten Verhältnisse auf dem Lande begeben. Sie haben als städtische Arbeiter den Segen der Koalitionsfreiheit kennen gelernt, sie sträuben sich gegen die Gebundenheit durch langfristige Kontrakte und gegen die willkürliche Bemessung der Arbeitszeit durch die ländlichen Arbeitgeber. Damit aber wird die Hoffnung der Landwirte hinfällig, die einen Niedergang der Industrie herbei wünschten, um endlich wieder genügende Arbeitskräfte zu erhalten. Die Lage der Landwirtschaft ist aber nicht besser geworden, für die Industrie aber droht eine noch weitere Verschlechterung, da die jetzige Krise erst im Anfange ihrer Entwicklung zu stehen scheint.

Köln, 8. Nov. Die „Köln. Ztg.“ meldet aus Petersburg vom 7. Nov.: Es verlautet, Rußland und Frankreich hätten unter sich die Grundbedingungen für ein gemeinsames Vorgehen zur Durchführung der vom Sultan im Berliner Vertrag zugesicherten Reformen für Armenien und die europäischen Provinzen festgesetzt. Sie würden den übrigen Signaturmächten die Aufforderung zugehen lassen, sich ihren gemeinsamen Schritten anzuschließen. Zunächst sei eine Konferenz in Aussicht genommen, nicht nur zur Durchsicht, sondern auch zur Ausführung des Berliner Vertrags. Man erwartet an leitender russischer Stelle, daß alle Vertragsmächte die Teilnahme an der Konferenz zusagen würden. Vor dem Frühjahr 1902 dürfte aber kaum an ein Zusammen-treten einer derartigen Konferenz zu denken sein. Bis dahin, meint man in unterrichteten Kreisen, könnten sich die Dinge aber durch das Vorgehen Frankreichs gegen die Türkei so rasch entwickeln, daß Rußland trotz der entschiedenen Friedensliebe seines Herrschers zu anderweitiger Stellungnahme gedrängt werden könnte, um die eigenen Interessen zu wahren. In politischen Kreisen sieht man mit Ernst den Ereignissen in der Türkei und auf dem Balkan entgegen.

Ausländisches.

Paris, 8. Nov. Eine Note der „Agence Havas“ besagt: Die Pforte teilte mit, der Sultan habe sich entschlossen, die verschiedenen französischen Ansprüche zu befriedigen. Minister Delcasse antwortete, sobald man der französischen Regierung einen Befehl des Sultans unterbreite, der diesen Beschluß ratifiziert, werde das französische Geschwader Mytilene verlassen.

Konstantinopel, 7. Nov. Die Gemahlin des zur deutschen Botschaft in Konstantinopel kommandierten Hufaren-Oberleutnants Seubert ist eine lähne Schwimmerin, die von ihrer hervorragenden Gewandtheit und Ausdauer im Schwimmen bereits zahlreiche Proben abgelegt hat. Zu verschiedenen Malen hat Frau Seubert in diesem Sommer den weit über einen Kilometer breiten Bosphorus durchschwommen. Die Badesaison ist nun längst vorüber, das Wasser ist eifig kalt geworden, und freiwillig badet niemand mehr im Bosphorus. Indessen war es der Frau Seubert vorbehalten, noch einmal in dieser vorgerückten Jahreszeit eine Schwimmprobe, und zwar eine solche sehr erster Art, verbunden mit der Lebensrettung ihres eigenen Sohnes, abzulegen. Frau Seubert besitzte vor einigen Tagen am Quai von Therapie mit ihrem 9 Jahre alten Söhnchen eine Barke, um sich nach der Sommerresidenz der deutschen Botschaft hinüberzurufen zu lassen. Durch ein ungehobenes Manöver des Bootsführers schlug das Fahrzeug um, bevor es die Landungsbrücke erreicht hatte. Frau Seubert faßte mit der einen Hand sofort ihren Sohn und schwamm, in voller Toilette, nur die Füße und den einen Arm benutzend dem Lande zu, bis ihr von der Mannschaft der Dampfschiffahrt der deutschen Botschaft Hilfe geleistet wurde. Die schneidige junge Frau wechselte nur die Kleider, um gleich darauf mit den Damen und Herren der Botschaft eine Wasserfahrt zu unternehmen.

Handel und Verkehr.

Eßlingen, 7. Nov. Die Obstpreise am hiesigen Güterbahnhof sinken allmählich. Zufuhr heute 1 Wagen französisches und 1 Wagen serbisches Mostobst. Preis per Ztr. 7 M. 50 Pf.

Biberach, 8. Nov. Hier wurde heute Mostobst guter Qualität zu 5 Mark per Ztr. verkauft.
Verantwortlicher Redakteur: W. Kiefer, Altensteig.

